

keit eines erstaunlich großen Teils menschlicher Interaktionen sind damit die vielleicht wichtigsten Kompetenzen, um sich in einer Wissens- und Informationsgesellschaft zurecht zu finden.

Skepsis gegenüber einer zu großen Euphorie in Bezug auf rein technikfokussierte »digitale Kompetenzen« ist also durchaus angebracht. Gerade in einer Informations- und Wissensgesellschaft ist für die Meisten ein umfassendes Orientierungswissen nach wie vor wichtiger als

die Fähigkeit, Apps zu programmieren. Ein breites Orientierungswissen, ein gewisses Zahlenverständnis und die Fähigkeit, selbstständig informierte Entscheidungen zu treffen, das sind Kompetenzen, die nicht erst seit gestern in den Schulen vermittelt werden und die auch für eine digitale Informations- und Wissensgesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Denn, wie gesagt: Bildung darf sich nicht in einem »Paralleluniversum« bewegen – auch nicht in einem digitalen.



Nicole Zillien

ist Mediensoziologin und hat eine Vertretungsprofessur im Fach Soziologie an der Universität Trier inne.

nicole.zillien@uni-trier.de



Thomas Lenz

ist Bildungssoziologe und arbeitet am Institute of Education and Society der Universität Luxemburg.

thomas.lenz@uni.lu

Krystian Woznicki

Eine Revolution, die uns jetzt im Internet bevorsteht

Facebook vs. WikiLeaks

Die meisten Online-Nutzer können sich wahrscheinlich gar nicht mehr daran erinnern, wie im historischen Umfeld des Mauerfalls die Informationsrevolution ausgerufen wurde und wie kurze Zeit später, Mitte der 90er Jahre, das Internet seinen ersten großen Hype erlebte – natürlich auch von einem revolutionären Geist getragen.

Die digitale Revolution jener Tage ist in Vergessenheit geraten, weil Hypes kommen und gehen – im Internet mit besonders großer Geschwindigkeit. Und weil die digitale Revolution seither immer wieder neu ausgerufen worden ist. Jede nachgeborene Generation hat ihre eigene erlebt. Zuletzt stand sie im Zeichen des »Web 2.0« beziehungsweise des »Social Web«. Auch wenn ihre Symbolfiguren wie Punks auftreten (etwa Sascha Lobo) oder ihnen der

Hollywood-Nimbus des Outlaws anhaftet (etwa Mark Zuckerberg) – die Revolution nimmt heutzutage kaum jemand so richtig ernst. Es gibt Ausnahmen, zum Beispiel Julian Assange.

Als Assange sein Projekt WikiLeaks lanciert (übrigens zwei Jahre nach Zuckerbergs Facebook), betritt mit ihm jemand die Bühne, der an die ganz großen Umwälzungen im Zeichen des Politischen glaubt. Zu diesem Zeitpunkt, wir schreiben das Jahr 2006, ist auf dieser Bühne alles datentechnisch erfassbar. Keiner kann sich verstecken, keiner aus dem Untergrund heraus agieren, wie es in einer anderen Phase der Internet-Geschichte möglich gewesen wäre. Assange aber zeigt wie es dennoch geht: Untertauchen – nicht nur offline, sondern auch online. Als ehemaliger Hacker kann er das. Gleichzeitig kann er auch total

sichtbar sein, wie ein echter Popstar, beziehungsweise Revolutionsführer, ohne jedoch entsprechende Soft Skills zu besitzen, wie der Futurologe Bruce Sterling anmerkt. Steht Assange für eine neue Phase der digitalen Revolution?

Der Politikwissenschaftler Saroj Giri hat diesbezüglich bereits in den ersten Stunden des sogenannten Cablegate, also den Veröffentlichungen von Depeschen US-amerikanischer Botschaften durch WikiLeaks, große Zweifel angemeldet. Zwar hat WikiLeaks den Anspruch, öffentliches Aufbegehren und einen sozialen Wandel zu initiieren (auch Bradley Manning hoffte, mit seiner Tat weltweit Debatten und Reformen anzustoßen). Doch dies habe nicht funktioniert, so Giri. Er spricht in Anlehnung an den Begriff der »information revolution« von einer »information explosion«, die zur »truth explosion« werde. Der an der Delhi University in Indien tätige Wissenschaftler spitzt seine Argumentation wie folgt zu:

»Die Enthüllungen durch WikiLeaks haben sprichwörtlich keinen Flächenbrand ausgelöst (...) Gibt es eine WikiLeaks-Bewegung oder etwas Ähnliches, wurden die Menschen mobilisiert, gibt es eine Art von sozialem Ungehorsam gegenüber der Regierung? (...) ohne eine öffentliche Erhebung oder Bewegung haben die zu Tage geförderten Informationen lediglich den Status offenkundiger Fakten, ohne subversiven politischen Gehalt, ohne Leben. (...) Die Wahrheit verliert ihre Schlagkraft um zivilen Ungehorsam oder Protest auslösen zu können.«

Ebenso skeptisch zeigt sich der politische Philosoph Slavoj Žižek: »Es ist ein Fehler anzunehmen, dass die vollständige Offenlegung von Geheimnissen uns emanzipieren würden. Diese Annahme ist falsch. Wahrheit emanzipiert, aber nicht diese Wahrheit.«

Doch die Geschichte scheint diesen Aussagen zu widersprechen. Mitte Januar 2011 ereignete sich laut dem Magazin

Foreign Policy die »erste WikiLeaks-Revolution«. Im Zuge der Aufstände in Tunesien wurde das Aufbegehren gegen die korrupte und diktatorische Regierung durch Details aus den diplomatischen Kreisen beflügelt. Die Journalistin Elizabeth Dickinson kam in dem Magazin zu der Einschätzung: »WikiLeaks acted as a catalyst: both a trigger and a tool for political outcry.« Doch auch Facebook taucht in der Zwischenbilanz der Aufstände auf. Dem sozialen Netzwerk wird ebenfalls eine prominente Rolle bei der Revolution zugewiesen.

Die erste »WikiLeaks- Revolution«

Sind WikiLeaks und Facebook bei dem Aufstand in Tunesien tatsächlich austauschbar? Aus einer bestimmten Perspektive könnte man durchaus diesen Eindruck bekommen. Aus der Sicht des Westens stehen diese prominenten Internet-Marken in einem autoritären Staat wie Tunesien für Freiheit, Offenheit und Wandel. Sie repräsentieren dort den Westen und die westliche Demokratie. So sieht sich der Westen bekanntlich selbst gerne, weshalb auch entsprechend darüber berichtet wird. Dieser narzisstische Hype berauscht sich an dem Gefühl, dass die kommunikativen Infrastrukturen von WikiLeaks und Facebook den Aufständischen geholfen haben und blendet aus Selbsterhaltungstrieb aus, dass eigentlich ganz andere organisatorische Faktoren für die Wucht und den Erfolg des Widerstands ausschlaggebend waren.

Vielleicht ist das die zentrale Lektion der ersten »WikiLeaks-Revolution«: Die seit den 90ern immer wieder aufziehenden Verklärungswolken codieren das Internet als Medium, dem per se revolutionäre Kraft inne wohnt. Deshalb befragt man es nicht auf seine politische Funktion und Struktur hin – WikiLeaks und Facebook können deshalb austauschbar erscheinen. Doch gerade um die Frage nach dem Politischen muss es in dieser spezifischen Phase der Internet-Geschichte gehen. Dies haben

auch die dissidierenden Aktionen des Anonymus-Netzwerkes gezeigt. Der Medienkritiker Douglas Rushkoff verdeutlicht in diesem Zusammenhang nicht nur, »dass das Internet in seiner heutigen Form noch immer unter strenger Kontrolle steht, sondern auch, was für die Entwicklung eines Peer-to-Peer-Netzes noch getan werden müsste, mit dessen Hilfe das derzeitige Machtverhältnis, in dem Unternehmen und Regierungen die Oberhand gegenüber der Kommunikation der Massen und den Gesellschaften als solche gewonnen haben, in Zukunft umgekehrt werden kann«.

Dieser Aussage liegt eine üblicherweise weitgehend ausgeblendete Frage zu Grunde: Wie ist das Internet, das wir als gegeben annehmen, eigentlich beschaffen? Wie ist das, was wir fast ausschließlich als Benutzeroberfläche wahrnehmen, eigentlich gebaut und, vielleicht noch entscheidender: Wie könnte es umgebaut werden?

Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass das Internet an sich ein revolutionäres Medium sei. Wie jedes

Internet = soziales Netzwerk?

Medium steht und fällt sein revolutionäres Potenzial mit einer entsprechend ausgerichteten sozialen Praxis und mit den Machtverhältnissen, in die diese Praxis eingebettet ist.

Wir müssen uns fragen: Wie nutzen wir das Internet? Wer hat die Kontrolle?

Kürzlich spekulierte man noch darüber, wann die Dominanz des sozialen Netzwerks Facebook so groß sein werde, dass es in den Augen der Öffentlichkeit mit dem Internet als solchem verschmilzt. Anscheinend ist es inzwischen soweit. Gingen vorher die Nutzer via Google ins Netz, betreten sie heute mit dem Login in das soziale Netzwerk Facebook das Netz selbst – eine Suchfunktion hat das System auch schon längst.

Von Facebook geht, wie der Wirtschaftsjournalist Lothar Lochmaier sagt, die Strahlkraft des universellen Standards aus: »Die Menschheit schreit geradezu nach einem in der Designqualität reduzierten System,

das sich quer über den ganzen Planeten nutzen lässt.« Nach Microsoft und Google stehe nun der »soziale Netzwerkprimus« für dieses Versprechen. Und das in Zeiten, da sich im Zeichen des »Social Web« eine »Völkerwanderung ins Netz« abzeichnet, die, und das ist das spezifisch Neue dieser Phase der Internet-Geschichte, alle Bereiche und Anwendungen von Wirtschaft und Gesellschaft erfasst.

An dieser Stelle ergeben sich schier unendlich viele Fragen über die Zukunft von Internet und Gesellschaft, beziehungsweise von Internet und Politik. Für uns sind, wie erwähnt, im Hinblick auf das Internet als soziales Netzwerk namens Facebook folgende Fragen relevant: Wie nutzen wir das Internet? Wer hat die Kontrolle?

Die Kontrollfrage ist auf den ersten Blick schnell beantwortet: Im Internet namens Facebook liegt die Kontrolle bei einem Konzern und seinen Inhabern. Das aber ist kein demokratischer Zustand, von Machtteilung keine Spur. Hier bietet sich WikiLeaks mit der dezentralen Struktur seiner vielen sogenannten Mirror-Sites bei denen es sich um exakte Kopien von Internetseiten unter unterschiedlichen Adressen handelt, als Gegenmodell unmittelbar an.

Die Frage nach der Nutzung von Facebook scheint auf den ersten Blick etwas kniffliger. Immerhin kommen wir nicht umhin, darin jene Grundbedingungen auszumachen, die soziale Bewegungen ermöglichen: die Begegnung. Wie Geert Lovink sagt: »Ein Schlüsselmoment für soziale Bewegungen ist der Erstkontakt zwischen vormals scheinbar selbstständigen Einheiten, wenn schwache Verbindungen sich in revolutionäre verwandeln.« Es gehe folglich darum »neue Verbindungen herzustellen und mit neuen Organisationsweisen zu experimentieren«.

Mit Blick darauf können wir sagen: Das politische, ja revolutionäre Potenzial ist in Facebook gegeben. Wir müssen uns dessen bewusst werden und »neue Verbindungen herstellen sowie anfangen mit neuen Or-

ganisationsweisen zu experimentieren«. Gleichzeitig müssen wir klar machen, dass Facebook nicht das Internet ist, beziehungsweise, nicht das Internet wie es sein könnte – nämlich etwas, das eine gerechte Weltgesellschaft ermöglicht. Was als Facebook-Revolution in die Geschichte eingehen sollte, sind nicht die Aufstände in Tunesien und anderswo, sondern eine Revolution, die bei Facebook ihren Ausgangspunkt hat und die sich gegen die autoritäre Technologiepolitik des Hauses wendet.

Die erste wahre WikiLeaks-Revolution könnte daran gekoppelt sein: Whistleblower müssten über die Plattform Daten bereitstellen, die zum universellen Vertrauens-

verlust gegenüber dem sozialen Netzwerk und zu Aktionen gegen den Giganten aus Silicon Valley führen. Dass da eine echte Informationsbombe her müsste, haben auch die Snowden-Enthüllungen gezeigt. Es müsste schon weitaus mehr als der Missbrauch der kostenlosen Kommunikationsinfrastruktur durch die US-Geheimdienste sein. Sollte ein solcher Coup gelingen, könnten die Konsequenzen unterschiedlich ausfallen: Revolutionierung eines verbesserlich autoritären Web-Services. Oder Revolutionierung des Internet an sich. Assange könnte aus dieser Episode als das Gesicht einer neuen Phase der digitalen Revolution hervorgehen.



Krystian Woznicki

ist in Berlin primär als Kulturtheoretiker und Medienproduzent tätig. Bis 2009 war er Chefredakteur der Berliner Gazette und ist seitdem deren Herausgeber.

kw@berlinergazette.de

Monika Böhm

Der transparente Staat

Transparenz staatlichen Handelns ist Grundvoraussetzung für die Meinungsbildung und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger und damit auch für deren demokratische Teilhabe. Informationsrechte und -pflichten stehen insoweit thematisch in einem engen Zusammenhang zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen der Verwaltung. In Deutschland hat in den letzten zwei Jahrzehnten bis jetzt ein durchgreifender Paradigmenwechsel stattgefunden. Ursprünglich war der Zugang zu staatlichen Informationen stark beschränkt. Akteneinsichts- und Anhörungsrechte gab es nur für die unmittelbar an einem konkreten Verwaltungsverfahren Beteiligten. Voraussetzung war eine tatsächliche persönliche und rechtliche Betroffenheit. Mittlerweile gibt es eine ganze

Reihe von gesetzlichen Informationsansprüchen der Bürgerinnen und Bürger sowie aktive Informationspflichten des Staates, angestoßen durch die Volksinitiative »Transparenz schafft Vertrauen«. Im Sommer 2012 wurde in Hamburg das erste deutsche Transparenzgesetz verabschiedet.

Der Anstoß zu mehr staatlicher Transparenz kam von der EU: Im Jahr 1990 wurde die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt verabschiedet. Sie ging zurück auf eine in den angelsächsischen Ländern verbreitete Tradition. Nunmehr war auch in Deutschland jedermann ein voraussetzungsloser Informationsanspruch zu gewähren. Doch Deutschland tat sich schwer mit dem neuen Institut. Die rechtliche